

Ergebnisse der WISTA-Umfrage „Kommunale Doppik“ zum Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen in Baden-Württemberg:

Nur wenige Kommunen sind ausreichend vorbereitet

- Über 25 Prozent der Kommunen in Baden-Württemberg nehmen an der Entscheider-Umfrage der WISTA AG teil
- Unsicherheiten und Abwarte-Haltung auf Seiten der Kommunen
- Risiko strategischer Fehlentscheidungen insbesondere bei der Erstellung der Eröffnungsbilanz

Mannheim/Konstanz, 26. Juni 2009: „Umstellung auf Kommunale Doppik“ war das Thema der Umfrage, die die Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft WISTA AG (Mannheim) im April 2009 unter 2.206 Bürgermeister/innen und Kämmerer/Kämmerinnen in allen 1.109 Städten und Gemeinden in Baden-Württemberg durchgeführt hat. Hintergrund war die vom Gesetzgeber verabschiedete Umstellung der baden-württembergischen Kommunen auf das Neue Kommunale Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR) bis zum Jahr 2016, mit dem die doppelte Buchführung (Doppik) an Stelle der bisherigen Kameralistik eingeführt werden muss. Insgesamt 311 Teilnehmer aus 280 Kommunen haben die Umfrage beantwortet – das entspricht einer Antwortquote von 14,1 % der Personen bzw. 25,2 % der Kommunen, die zur Teilnahme an der Umfrage eingeladen worden waren. Die Ergebnisse zeichnen damit ein verlässliches Meinungs- und Stimmungsbild der baden-württembergischen Entscheider zum NKHR und zur Kommunalen Doppik.

46 Prozent der Teilnehmer geben an, bislang noch keine persönlichen Erfahrungen mit der doppelten Buchführung gemacht zu haben, wobei tendenziell die Entscheider in größeren Kommunen eher schon Erfahrung mit der Doppik haben.

Auf die Frage nach dem heutigen Informationsstand zu Vorgehensweise, Verfahren, Chancen und Risiken des Umstellungsprozesses auf die Doppik antworten 61 Prozent der Befragten, dass sie zwar die politische Entwicklung verfolgen, sich aber mit der Umstellung noch nicht im Detail beschäftigt haben (s. Grafik 1). Die fünf wichtigsten Quellen, aus denen sich die Teilnehmer zum Thema NKHR und Kommunale Doppik informieren, sind der informelle

Austausch mit Kollegen, das Internet (z.B. www.nkhr-bw.de), Fachveranstaltungen/Vorträge, Arbeitsgruppen und Gremien auf interkommunaler Ebene sowie Fachzeitschriften.

Einerseits sehen die Befragten deutlich die Vorteile der Doppik wie z.B. die bessere Transparenz von Finanzlage und Ressourcenverbrauch, bessere Kostenkontrolle oder die Ermittlung von Kennzahlensystemen. Andererseits geben aber 48 Prozent auf die Frage „Erwarten Sie – auf lange Sicht und ganz grob gesprochen – durch die Umstellung auf die Doppik eher wirtschaftliche Vorteile oder wirtschaftliche Nachteile für Ihre Stadt/Gemeinde?“ an, eher wirtschaftliche Nachteile für ihre Kommune zu erwarten. Nur 10 Prozent erwarten wirtschaftliche Vorteile, 42 Prozent haben sich hierzu noch keine abschließende Meinung gebildet. 32 Prozent der Befragten halten das NKHR außerdem für „eher ungeeignet“, um das Ziel einer gerechteren Lastenverteilung zwischen den Generationen zu erreichen – kleinere Gemeinden unter 5.000 Einwohnern bewerten dies übrigens deutlich negativer als die größeren Kommunen. Der Aussage „Die Umstellung auf die Kommunale Doppik wird die Leistungsfähigkeit unserer Verwaltung bis an ihre Grenzen belasten.“ stimmen sogar 85 Prozent der Befragten zu.

Interessant sind auch die Ergebnisse zur geplanten Projektdauer. „Vom Beginn der ersten Umstellungsmaßnahme bis zur fertigen Eröffnungsbilanz und damit dem Start der Doppik rechnen 53 Prozent der Befragten mit bis zu zwei Jahren, 11 Prozent sogar nur mit bis zu einem Jahr – das ist gefährlich kurz“, warnt Wirtschaftsprüfer und Steuerberater Dieter Räuher, Vorstand der WISTA AG (s. Grafik 2). „Zudem geben 60 Prozent der befragten Entscheider an, erst ‚so spät wie möglich‘ auf die Doppik umstellen zu wollen. Kommt es nun zu einer Kombination einer solchen defensiven Abwarte-Strategie mit einer Fehleinschätzung der Projektdauer, ist das höchst problematisch.“ Und tatsächlich sehen 59 Prozent der Befragten das Risiko als „hoch“ oder „sehr hoch“ an, dass die geplante Dauer des Umstellungsprozesses überschritten werden könnte. Ebenfalls als „hoch“ oder „sehr hoch“ bewerten 63 Prozent die Gefahr, dass die geplanten Kosten des Umstellungsprozesses überschritten werden könnten.

Als einen der Knackpunkte in der Umstellung von der Kameralistik auf die Doppik sehen die Berater der WISTA AG die Erstellung der Eröffnungsbilanz. „An diesem strategisch wichtigen Punkt, insbesondere bei der Bewertung der abnutzbaren Wirtschaftsgüter, stehen die Projektverantwortlichen vor einem strategischen Dilemma“, erläutert Steuerberater Adrian Se-

ger, Vorstand der WISTA AG. „Je höher die Bewertung dieser Güter, desto höher die Belastung der Folgehaushalte durch Abschreibungen – womöglich über Jahrzehnte. Je niedriger die Bewertung, desto ungünstiger die Eigenkapitalsituation.“ Diese Einschätzung teilen auch die Befragten: Das Risiko, dass durch strategische Fehlentscheidungen bei der Erstellung der Eröffnungsbilanz (z.B. durch zu hohe Bewertung abnutzbarer Wirtschaftsgüter) die Haushalte der kommenden Jahrzehnte unnötig stark belastet werden könnten, schätzen 57 Prozent der kommunalen Entscheider als „hoch“ oder „sehr hoch“ ein.

„Zum momentanen Zeitpunkt fühlen sich viele Kommunen verunsichert und wissen noch nicht genau, was auf sie zukommen wird“, so Räuber. „Doch es gibt durchaus Möglichkeiten, den potenziellen Risiken des Umstellungsprozesses frühzeitig zu begegnen.“ Beispielsweise halten 95 Prozent der Befragten die Schulung von Mitarbeitern und 91 Prozent den Austausch in interkommunalen Fachkreisen, Arbeitsgruppen und Gremien für eine besonders geeignete Maßnahme, sich auf die Umstellung vorzubereiten. „Daneben können die Kommunen natürlich auch externe Spezialisten zu Rate ziehen“, ergänzt Räuber. „Die WISTA AG verfügt über umfangreiche Erfahrung sowohl mit Kameralistik als auch mit Doppik und entsprechenden Umstellungsprozessen. Unser Beratungsmodul ‚WISTA kommunal‘ ist genau dafür gedacht, die Risiken eines solchen Umstellungsprozesses zu minimieren. Als kompetenter Berater und Partner möchten wir Kommunen in Baden-Württemberg bei der Umstellung auf die Doppik begleiten.“

Bei der Frage, zum Ende welchen Haushaltsjahres nach derzeitiger Planung erstmalig ein Jahresabschluss gemäß dem NKHR aufgestellt werden soll, zeigt sich: Gut ein Viertel der Befragten plant dafür einen sehr späten Zeitpunkt in den Jahren 2015 oder 2016, fast ebenso viele haben derzeit noch überhaupt keinen Zeitplan für die Umstellung (s. Tabelle 1). Den Bürgermeister/innen und Kämmerern/Kämmerinnen in Baden-Württemberg rät Räuber, sich nun offensiv mit dem Thema Doppik auseinanderzusetzen und frühzeitig mit der Umstellung zu beginnen. „Wir möchten die Kommunen ermutigen, die Doppik als Chance zu begreifen“, so Räuber. „Die Doppik hat sich seit Jahrzehnten bewährt, nicht zuletzt, weil sie dem Entscheidungsträger einfach die besseren Informations- und Steuerungsinstrumente an die Hand gibt. Auch die Kommunen werden davon langfristig profitieren.“

Mehr Informationen www.wista-kommunal.de.

Hintergrundinformationen:

Ziel der WISTA-Umfrage „Kommunale Doppik“ war es, die Erwartungen und Meinungen der Entscheidungsträger zum NKHR bzw. zur Kommunalen Doppik zu erheben, um daraus Erkenntnisse für den Umstellungsprozess zu gewinnen. Zu diesem Zweck wurde ein Fragenkatalog mit 21 Fragen entwickelt und als Online-Umfrage realisiert. Insgesamt 2.206 Bürgermeister/innen und Kämmerer/Kämmerinnen in allen 1.109 Städten und Gemeinden in Baden-Württemberg wurden zur Teilnahme eingeladen. Die Umfrage wurde von der Kommunikationsagentur burchardt + co. (Radolfzell) im Auftrag der WISTA AG in zwei Wellen im April 2009 durchgeführt. Das Ergebnis: Insgesamt 311 Teilnehmer aus 280 Kommunen haben die Umfrage beantwortet – das entspricht einer Antwortquote von 14,1 Prozent der Personen bzw. 25,2 Prozent der Kommunen, die zur Teilnahme an der Umfrage eingeladen worden waren.

69 Prozent der Befragten sind fünf oder mehr Jahre im Amt, 25 Prozent sogar länger als 20 Jahre. 23 Prozent der Antwortenden sind unter 35 Jahre, 23 Prozent zwischen 35 und 44 Jahre, 32 Prozent zwischen 45 und 54 Jahre und 22 Prozent über 55 Jahre alt. 85 Prozent der Befragten sind Männer, 84 Prozent geben als höchsten Bildungsabschluss ein abgeschlossenes Studium (FH/Uni) an. In 88 Prozent der Gemeinden liegt die Projektverantwortung für die Umstellung auf die Kommunale Doppik beim Kämmerer bzw. der Kämmerin.

Pressekontakt:

burchardt + co. Agentur für Kommunikation GmbH & Co. KG
Carolin Fülle
Fritz-Reichle-Ring 6a
78315 Radolfzell am Bodensee
Tel.: 07732/939-1275
E-Mail: carolin.fuelle@bc-kg.com

WISTA AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft

Saarburger Ring 10-12 | 68229 Mannheim | Niederlassungen: Konstanz, Radolfzell, Speyer | Germany

Tel.: 06 21 / 48 32-0 | Fax: 06 21 / 48 32-50

E-Mail: info@wista-ag.de | Web: <http://www.wista-ag.de>

Vorstand: WP/StB Reiner Binder | WP/StB Dieter Räuber | WP/StB Rüdiger Richter | WP/StB Thomas Rondot |
StB Thomas Schloß | StB Adrian Seger | WP/StB Hans-Joachim Philipp

Aufsichtsratsvorsitzender: Prof. Dr. iur. Carl-Heinrich Esser

Sitz der Gesellschaft: Mannheim | Registergericht: Amtsgericht Mannheim HRB 9375